

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Unverhüllte Schweiz

Seit dem 1. Juli 2016 ist das für den öffentlichen Raum geltende Verhüllungsverbot im Kanton Tessin in Kraft. Und dies bereits mit Erfolg. Die Verschleierung gehört nicht zu unserer Kultur. Das Gesetz schützt unsere Werte, die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Ausserdem ist das Gesicht ein wichtiges Erkennungsmerkmal.

Die Durchsetzung des Gesetzes hat sich für die Polizei bislang als problemlos erwiesen. Entgegen jeglicher vorangegangener Angstpropaganda hat sich das Verhüllungsverbot auch in keiner Hinsicht negativ auf den Tourismus ausgewirkt.

Im Tessin konnte man inzwischen Polizeikontrollen von gänzlich verschleierten Frauen beobachten, bei denen die Frauen ihre Verschleierung ablegten und sich sogar für die Missachtung des Gesetzes entschuldigten.

Das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum hat somit den Praxistest bestanden. Sofern der politische Wille gegeben ist, ist das Verhüllungsverbot problemlos durchführbar und wird auch von ausländischen Gästen akzeptiert. Die Tessiner Polizei ist verpflichtet, Frauen mit Ganzkörperschleiern (Burka) oder Gesichtsschleiern (Niqab) im öffentlichen Raum anzusprechen, auf das Gesetz aufmerksam zu machen und bei Nichtbeachten entsprechend zu büssen.

Gemäss Recherchen hat es im ersten Monat seit Inkrafttreten des Gesetzes insgesamt sechs Fälle gegeben. Die im Vorfeld der neuen gesetzlichen Regelung speziell geschulten Beamten seien auf die Frauen zugegangen und diese hätten Verständnis gezeigt. Auch die Übernachtungszahlen stimmen die Tessiner Touristiker zuversichtlich. Trotz des viel diskutierten Burkaverbots sind die Logiernächte von Gästen aus dem arabischen Raum dieses Jahr rund 20 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Und 2015 verzeichnete der Kanton bereits 45 000 Logiernächte von arabischen Gästen. Somit sind die Bedenken der Rot-grünen definitiv ohne Substanz. Zuspruch für ein Verbot gibt es vereinzelt sogar von dieser Seite wie unter anderem von Mario Fehr.

Das Egerkinger Komitee hat eine Unterschriftensammlung gestartet für die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot», welche ein landesweites Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum verlangt. Der Nationalrat hat soeben das «Burkaverbot» gutgeheissen, was eine erfreuliche Zeichensetzung ist. Eine Verschleierung in der Schweiz widerspricht unseren liberalen Werten, unserem Sicherheitsempfinden und unserem Frauenbild. Nicht zuletzt passen auch wir uns der Kultur des Reiselandes an, wenn wir im Ausland sind. Dies kann auch von den anderen erwartet und verlangt werden.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Asylchaos – Sommer des Terrors!

Die Linken lehnen die Bewaffnung der Polizisten mit Elektroschock-Pistolen (Tasern) ab. Benutzen die Beamten aber in extremen Gefahrensituationen die Dienstwaffen gegenüber Kriminellen, so ist der Gutmenschen-Aufschrei genauso entschlossen. Ein islamistischer Terroranschlag nahe der Schweizer Grenze entlarvt die Verlogenheit der Linken besonders brutal.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Es war im Frühling, als mein SVP-Gemeinderatskollege Christoph Marty und ich einen parlamentarischen Vorstoss zum Thema einreichten. Mit dem Postulat forderten wir, die Stadtzürcher Polizei soll zusätzlich mit Tasern ausgerüstet werden. Am letzten Mittwoch wurde das Geschäft nun endlich im Gemeinderat traktandiert.

Was wir alle in der Zwischenzeit erlebten, war ein Sommer des islamistischen Terrors. Selbstmordattentat in Deutschland, Köpfungen in einer Kirche oder Massenmorde in Nizza und Paris sind einige der Horror-Taten. Das arabische Mittelalter dringt in unseren Kontinent ein. Europa wird durch das Asylchaos und die Masseneinwanderung fremder Kulturen immer mehr zum islamistischen Kampfplatz. Die Gefahrenlage wird bereits mit Israel verglichen. Terrorangst, Selbstmordattentate oder Messerattacken durch Islamisten sind dort trauriger Alltag.

«Wir schaffen das»

Jetzt haben es die Gutmenschen also auch bei uns geschafft. Der Terror wurde importiert. Es passierte nahe der Schweizer Grenze, als ein «Flüchtling» in einem Zug mit einer Axt auf Passagiere einhackte. Während der Bluttat schrie er «Allahu Akbar!» (Gott ist grösser). Als der Attentäter auf dem Bahnsteig auf weitere Menschen losging, musste er durch die Polizei gezielt aus-

ser Gefecht gesetzt werden. Die Beamten standen vor der Entscheidung: soll weiteres Blut von Unschuldigen vergossen oder ein Terrorist gestoppt werden? Da die ideale Option, nämlich gar keine Gewalt, nicht zur Auswahl stand, kennt jeder vernünftige Mensch die wohl richtige Antwort. Somit ging es nicht lange, bis sich ein prominenter Gutmensch über die «Polizeigewalt» empörte. Renate Künast, die wie die Schweizer Linken den politischen Wahnsinn zum Normalzustand erklärte, schrieb auf Twitter: «Tragisch. Wieso konnte der Angreifer nicht angriffsunfähig geschossen werden?» Das Muster ist bekannt: Egal, wie abscheulich das Verbrechen auch war, schlussendlich wird der Täter als «Opfer» hingestellt.

Das Asylchaos «bereichert»

Schuld ist nie der Verbrecher. Zumindest nicht, wenn dieser einer selektierten Minderheit angehört. So funktioniert die verlogene Politik der Gutmenschen. Es ist der linken Seite auch egal, dass mit den Tasern die Polizisten zusätzlich ein milderes Mittel zur scharfen Munition erhalten würden. Mit den sicheren Geräten könnten in Gefahrensituationen Kriminelle schadlos verübergend «angriffsunfähig» gemacht werden.

Wer den Gutmenschen zuhört, merkt schnell: Es geht ihnen aber eben gar nicht um Realpolitik. Sondern im Gegenteil einzig darum, ihre Utopie von einer «besseren Welt» nicht durch zu viel Realität zu belasten.

Epochale Umwälzung

Es sind keine guten Aussichten, wenn in einer epochalen Umwälzung durch islamische Massenmigration die politi-

schen Eliten (ob Zürich, Bern oder Berlin) in Seifenblasen leben. Dort mögen Probleme nicht existieren oder Floskeln als Lösungen verstanden werden. Verdrängte Realitäten kommen aber immer zurück. Wirklich immer. Je länger es dauert, umso brutaler wird das Erwachen. Damit es sich die Gutmenschen in den Seifenblasen also nicht bequem

machen können, braucht es den «Stachel» SVP! Es liegt an uns, immer auf den Realitätsbezug zu bestehen. Immer auf die Konsequenzen von Fehlentwicklungen hinzuweisen. Immer Nein zu sagen, wenn es ein Nein braucht – und es braucht viel Nein! Das mag eine undankbare Aufgabe sein. Aber wir lindern die Wucht des Aufpralls, wenn die linken, grünen und freisinnigen Seifenblasen zerplatzen. Unsere Politik geschieht im Gegensatz zu den anderen Parteien eben nicht zum Selbstzweck, sondern aus echter sozialer Verantwortung.

LESERBRIEF

Das gestörte Verhältnis der CVP, FDP und SP zur Bevölkerung

Als im März 2001 das Volk und die Stände die Volksinitiative «Ja zu Europa» massivst ablehnten, stellte der Bundesrat damals fest, dass die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen im Hinblick auf einen Beitritt der Schweiz zur EU bei Weitem nicht erfüllt sind und die Mehrheit keinen Beitritt zur EU will. Dennoch beschloss der Bundesrat an seiner Sitzung vom 9. März 2001, das Beitritts-gesuch von 1992 nicht zurückzuziehen. Der Bundesrat hielt an seinem erklärten langfristigen Ziel eines EU-Beitritts fest. Dies war und ist auch bis heute die eingetragene, unterwürfige Verhandlungsposition gegenüber der EU.

Erst im Jahre 2016 wurde auf Druck der SVP das Beitritts-gesuch endlich formell zurückgezogen. Es wäre noch interessant, wenn das entsprechende Schreiben des BR an die EU veröffentlicht werden würde... In der Zwischenzeit arbeitet die classe politique nämlich hinter unserem Rücken fleissig weiter an einer Integrations- und Beitrittsformel für die Schweiz. Heute will

man die MEI nicht gemäss Volkswillen umsetzen, denn sie stört anscheinend das gute Verhältnis zur EU.

Dieser Schmuskurs ist nicht nachvollziehbar, weder wirtschaftlich noch sozial. Nach wie vor sind wir ein freies Volk und entscheiden eigenständig – doch leider wollen Teile der CVP, FDP und die SP im Besonderen einen Beitritt zur EU auf Biegen und Brechen. MEI wird in «light» umgewandelt und ein institutionelles Rahmenabkommen, das uns schlussendlich fremde Richter beschert, wird weiterverhandelt.

Daher gilt «hütet Euch vor denen zu Bern, die uns Schweizer/-innen schon lange verraten haben und die es satt sind, immer auf das Volk hören zu müssen». Doch gerade deshalb ist unser einzigartiges Wahlrecht in unserer freien Demokratie zu verteidigen und die betroffenen Politiker zu Bern solange an der Urne abzustrafen, bis auch diese Herrschaften endlich die Stimme des Volkes ernst nehmen.

Ferdinand Schwestermann, Wädenswil

STADT ZÜRICH: BUDGET 2017

Erneut rote Zahlen trotz Rekord-Steuereinnahmen

Wie gehabt! Erneut präsentiert die rot-grüne Regierung der Stadt Zürich ein rotes Budget, mit einem Defizit von 47,4 Mio. Franken.



Martin Götzl
Gemeinderat SVP
Chef Gemeinderatsfraktion
Zürich

Die jahrelang vollmundig verkündete Rettung durch das sogenannte Sparprogramm 17/0 ist entlarvt: Sie besteht lediglich aus perlmutt-glänzenden Worthülsen ohne zählbare Taten der aktuellen Stadtregierung! Zürich spart? Vielleicht irgendwann und nicht mit dieser Exekutiv-Besetzung! Sollte die Stadt Zürich 2016 dann tatsächlich wieder ein Defizit ausweisen, so wären 8 der 9 letzten Jahresrechnungen mit Defiziten belastet gewesen.

Personalaufwand knapp gedeckt

Fakt ist: Die budgetierten Steuereinnahmen steigen erneut auf einen rekordhohen Betrag von 2,87 Mia. Franken, gegenüber dem Budget 2016 um weitere rund 2 Prozent zunehmend. Sowohl mit den Grundgewinn- wie mit den Quellensteuern werden je 60 Mio. Franken Mehreinnahmen generiert. Dies sind erneut Rekord-Steuereinnahmen. Diese reichen jedoch knapp aus, um den Personalaufwand zu finanzieren, der mittlerweile mit 2,807 Mia. Franken zu Buche schlägt. Die Zürcher Stadtverwaltung wurde seit 2002 exorbitant ausgebaut auf mittlerweile 21453,8 Stellenprozent. Gegenüber dem Vorjahr wächst der Personalbestand um weitere 19,7 Stellenwerte. Insbesondere das Schulamt schafft unverhältnismässig viele

neue Stellenprozent, die mittel- und langfristig nicht finanziert werden können. Dies mit Tagesschulprojekten, jedoch insbesondere auch mit Schulpersonal für therapeutische und andere sonderpädagogische Zwecke.

Stadt Zürich in der Wachstumsfalle

Es ist ganz offensichtlich, dass das Wachstum der Stadt an seine finanziellen Grenzen stösst, zumal sich das Bevölkerungswachstum nicht in stabilen Pro-Kopf-Steuereinnahmen auszahlt. Betrug das Steuereinkommen pro Einwohner 2010 noch 3749 Franken, sind es 2016 gerade noch 3487 Franken. Die Steuereinkommen verhalten sich also diametral zur stets gelobten Fachkräfte-Zuwanderung. Es kamen Arbeitskräfte – es blieben Familien, nicht selten unterstützungsbedürftige! Offensichtlich ist die Stadt Zürich in der Wachstumsfalle.

Was für künftige Generationen sehr besorgniserregend wird, ist das Schuldenwachstum. Das Fremdkapital beziehungsweise die Bruttoschulden der Stadt Zürich wachsen seit 2005 bis zum Budget 2016 um mehr als 3 Mia. Franken. Bis Ende 2016 dürften 10,5 bis 11 Mia. Franken Schulden aufgetürmt worden sein.

Gegensteuer mit Sparanträgen

Die SVP warnt seit Jahren vor diesen sich immer deutlicher abzeichnenden und sich bewahrheitenden Szenarien und gibt deshalb auch dieses Jahr Gegensteuer und übernimmt Verantwortung. Die SVP stellt sich dem verantwortungsvollen Ziel, anlässlich der Bud-

getdebatte im Gemeinderat Sparanträge auszuarbeiten. Diese haben zum Ziel, ein ausgeglichenes Budget und mindes-

tens 2 Prozent Steuerfuss-Senkung (entspricht zusätzlichen 32 Mio. Franken) zu erreichen sowie dringend benötigte Rückstellungen zu tätigen. Auf die Stadt Zürich kommen finanziell harte Zeiten zu.

Herbstbier

zum Thema

Einwanderungs-Debatte:
Parlament nimmt Volk nicht ernst!



Alfred
Heer



Gregor
Rutz



Mauro
Tuena



Hans-Ueli
Vogt

Montag, 3. Oktober, 18.30 Uhr

Restaurant Kornhaus (beim Limmatplatz)
Langstrasse 243, 8005 Zürich (Kreis 5)



Vier Stadtzürcher Nationalräte berichten aus der Herbstsession. Alle sind herzlich eingeladen! Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Mauro Tuena, Präsident SVP der Stadt Zürich
Stefan Urech, Präsident SVP-Kreispartei 4/5

Für eine sichere Zukunft in Freiheit!

